

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 35 / 352
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2014

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Hug Patrick, Arbon
Mitglieder: Dransfeld Peter, Ermatingen
Hartmann Brigitta, Weinfelden
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2014 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2014

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission DBU erhielt bei der Besprechung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung 2014 am 8. Mai 2015 mit Regierungsrätin Carmen Haag einen guten Eindruck von der im Berichtsjahr geleisteten Arbeit und der Qualität im Departement. Sie hat festgestellt, dass alle besuchten Ämter die Zusammenarbeit mit der neuen Departementschefin als sehr angenehm und positiv bewerten. Carmen Haag hat sich in kurzer Zeit sehr gut eingearbeitet und ist dossiersicher.

Aufgrund der gestiegenen Arbeitslast bestehen in verschiedenen Ämtern Ressourcenprobleme, welche mit entsprechenden Stellenanträgen für das Budget 2016 behoben werden sollen. Das DBU beantragt im Einzelnen Stellen im Amt für Raumentwicklung, Amt für Denkmalpflege, Tiefbauamt und Generalsekretariat.

Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung 2014 des DBU liegt mit 1'090'505 Franken oder 3,1% unter dem Budget und 76'823 Franken oder 0,2% unter dem Vorjahresergebnis. Die grösste Abweichung resultiert im Hochbauamt, wo für Umbauten und Renovationen Minderausgaben anfielen und im Hinblick auf die Organisationsentwicklung Stellen nicht oder nur teilweise wieder besetzt wurden.

Ämterbesuche 2015

Die Subkommission DBU hat im Frühjahr 2015 folgende Ämter besucht:

- Amt für Denkmalpflege
- Tiefbauamt
- Amt für Raumentwicklung
- Hochbauamt

Die Subkommission dankt der Amtsleiterin und den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen. Generell stellte die Subkommission fest, dass einzelne Ämter personalmässig an Grenzen stossen und die Mehrarbeit nicht mehr in angemessener Frist zu erledigen vermögen.

Mehrere Ämter berichteten zudem über Schwierigkeiten im IT-Bereich, die trotz sichtbaren Bemühens um konstruktive Problemlösung offenbar teilweise zu gravierenden Arbeiterschwernissen führen. Von der Subkommission hinterfragt wurde schliesslich die Weisung der DBU-Chefin bezüglich der Entgegennahme von Geschenken. Nach Meinung der Subkommission sollten solche Richtlinien für die gesamte Verwaltung geschaffen werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

Für die nächste Phase des Projektes Expo2027 wurde eine Botschaft an den Grossen Rat überwiesen, die entsprechende Kommission ist zwischenzeitlich bestellt. Über die Frage, ob eine Expo sinnvoll ist oder nicht, kann man laut Carmen Haag geteilter Meinung sein, wofür sie Verständnis habe. Der Regierungsrat habe sich für das Vorgehen entschieden, jetzt die Parlamente der drei beteiligten Kantone darüber entscheiden zu lassen, ob eine Expo in der Region Ostschweiz gewollt ist und die für die eigentliche Erarbeitung des Bewerbungsdossiers anfallenden Kosten in Kauf genommen werden. Dass es schliesslich eine Volksabstimmung brauche, sei nie in Frage gestellt worden. Die Auffassung aber, dass die Vorleistungen beim Kreditantrag hätten eingerechnet werden müssen, beunruhigt die DBU-Chefin, würde dies doch eine Abkehr von der bisherigen Praxis, z.B. bei Hochbauvorhaben, bedeuten. Ob es zum jetzigen Kreditantrag eine Volksabstimmung geben soll, werde die eingesetzte Kommission und in der Folge der Grosse Rat zu entscheiden haben.

Der Regierungsrat wehrt sich im Flughafendossier dagegen, dass der Osten aus politischen Gründen einseitig belastet wird und erwartet vom Bund nach wie vor einen fairen Lastenausgleich. Er lehnt die geplante Betriebsreglementsänderung ab und fordert im Fall einer Inkraftsetzung Anpassungen zur Entlastung der betroffenen Thurgauer Gemeinden. Carmen Haag erwähnt in diesem Zusammenhang vier Massnahmen: Anpassung der Flugrouten (alle Abflüge verbindlich auf die Route südlich des Thurgaus verlegen), Anflugverfahren (lärmarmes Ost-Anflugverfahren), Schnellabrollwege nur für Verspätungsabbau und Verzicht auf „Vorabprämie“ (ohne Lastenausgleich würde diese "Prämie" voll auf Kosten des Ostens gehen).

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Das Projekt Mobilität Thurgau BTS/OLS beinhaltet auch das Teilprojekt Raumentwicklung BTS/OLS. Handlungsräume und Entwicklungsziele wurden im Entwurf bereits im Jahre 2014 festgelegt. Die Klärung mit den Gemeinden wurde indessen ausgesetzt, bis das Siedlungsgebiet im Rahmen der Gemeindegespräche zum kantonalen Richtplan

festgelegt wird (Abstimmung mit dem KRP). Die Arbeiten zum Teilprojekt Raumentwicklung BTS/OLS können voraussichtlich im Herbst 2015 weitergeführt werden.

Bei der Einführung der Baugesuchs- und Ortsplanungsapplikation (BOA) sind unerwartete Applikationsfehler und Datenmigrationsprobleme entstanden. Bei der Migration der Daten aus den bestehenden Datenbanken in die BOA traten eine ganze Reihe von Problemen auf, die fast alle auf Eigenheiten von Fabasoft zurückzuführen sind. Diese sind offenbar auch von den Spezialisten so nicht erwartet worden, was diverse Nacht- und Wochenendeinsätze zwecks Reparatur am Programm selbst als auch an den zur Verfügung stehenden Daten zur Folge hatte. Diese Arbeiten waren aufwändig und mussten zwangsläufig bei laufendem Betrieb sowie mit den Originaldaten erfolgen (also nicht im geschützten Rahmen der Testversion), was unter anderem zu betrieblichen Einschränkungen führte.

6210-6224 Hochbauamt

Mit Mehraufwand aller Beteiligten unter der interimistischen Leitung von Urs Steppacher konnte die Vakanz nach dem Ausscheiden von Amtschef Markus Friedli im Juli 2014 bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers Erol Doguoglu am 1. Juni 2015 zum grossen Teil aufgefangen werden. Durch die Bildung einer Geschäftsleitung konnte der Informationsaustausch gemäss Carmen Haag „massgebend verbessert werden“. Generell läuft der Veränderungsprozess im Rahmen der Organisationsentwicklung noch. Die letzten Umsetzungsschritte sind per 1.1.2017 vorgesehen.

Über die bestätigten Zahlungen in Höhe von Fr. 581'458.70 an die Stiftung Kartause Ittingen sind keine weiteren Zahlungen an die Stiftung erfolgt. Die Federführung für dieses Geschäft liegt beim Departement für Erziehung und Kultur (DEK). Im Zusammenhang mit der Rechtsberatung und dem Rechtsstreit sind dem Regierungsrat bis anhin (2013/2014) Honorarkosten in der Höhe von Fr. 15'658.80 (Rechtsvertretung des Regierungsrates) entstanden. Für das Gutachten von Rechtsanwalt Peter Galli zu beschaffungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Thurgau (2013) wurden Fr. 48'131.15 aufgewendet. Diese Ausgaben wurden dem Konto 1000.3130.000 (Regierungsrat: Judizialkosten) belastet. Die dem Grossen Rat entstandenen Kosten sind hier nicht berücksichtigt.

Die GU-Vergabe für die Umbau- und Sanierungsarbeiten am Kantonsspital Münsterlingen war günstig. Vor diesem Hintergrund müssten die Kosten eigentlich wesentlich unter dem Budget liegen. Wie Carmen Haag zu verstehen gibt, sei das Nachtragsmanagement sehr aufwändig gewesen. Bei einer grösseren Position konnte keine Einigung gefunden werden, die Frage liegt nun bei einem Schiedsgericht zur Entscheidung. Mit dem aufwändigen und intensiven Nachtragsmanagement hat sich ergeben, dass man mittlerweile nahe beim Kostenvoranschlag liegt.

6310-6377 Tiefbauamt

Der Kanton Thurgau hat in den vergangenen 50 bis 60 Jahren über 2 Mrd. Franken in seine Strasseninfrastrukturen investiert. Insbesondere in den 60/70er-Jahren wurden

viele Strassen entsprechend den Nutzungsanforderungen angepasst und ausgebaut. In den vergangenen 30 Jahren hat der Verkehr auf den Thurgauer Strassen um mehr als 50 Prozent zugenommen. Ein erheblicher Teil der über 800 km Thurgauer Kantonsstrassen hat heute, entsprechend seiner Verkehrsmenge und Nutzung, noch keinen normativen Strassenausbau (Strassenbreite, Ausbaustandard und/oder Traglastklasse). Von einem Sparpotenzial im Vergleich mit dem deutschen Bundes- und Länderstrassennetz und dessen Niveau der Strassenqualität kann laut Carmen Haag nicht die Rede sein. Um den Substanzwert der in die Jahre gekommenen Kantonsstrassen längerfristig nicht zu gefährden, müssten vermehrt Finanzmittel zur infrastrukturellen Werterhaltung eingesetzt werden. Der Regierungsrat werde sich demnächst intensiv mit dieser Fragestellung befassen.

6410 Amt für Denkmalpflege

Gemäss Einschätzung des Amtes für Denkmalpflege bedeutet der neue Leistungsauftrag aus Sicht der Gebäudeinventarisierung einen schmerzlichen Eingriff in die seit über 40 Jahren praktizierten Standards. Der Informationsgehalt dieses Arbeitsinstrumentes drohe geschmälert zu werden, ungleich revidierte Gemeindeinventare könnten die Rechtsgleichheit einschränken. Die interne Verunsicherung sei erheblich. Die Änderung des Leistungsauftrags ist die direkte Folge einer erheblich erklärten Leistungsmotion. Eine ebenfalls erheblich erklärte Motion verlangt zudem eine Änderung des NHG, um sicherzustellen, dass die kantonalen Inventare keine behördenverbindliche Wirkung haben. Laut Carmen Haag ist nicht auszuschliessen, dass dieser klare politische Wille zu einer Verminderung der Qualität der Inventare (welche der Regierungsrat als eigentlichen „Schatz des Wissens“ bezeichnet hatte) führen kann. „Wir werden allerdings alles daran setzen, unter den neuen Voraussetzungen mindestens den aktuellen Stand halten zu können“, so Haag.

6510-6530 Amt für Umwelt

In 19 Fällen wurden bzw. werden Seeuferanlagen entfernt oder abgebrochen. In vier Fällen handelt es sich um nachweislich illegal erstellte Bauten. In einem Fall war aufgrund einer Nutzungsänderung die Grundlage nicht mehr gegeben. In den restlichen 14 Fällen haben die Eigentümer die Anlagen freiwillig rückgebaut/verkleinert. Grund dafür waren die Einsparung der Konzessionsgebühr oder auch doppelt vorhandene Anlagen wie z.B. zwei Plattenwege in den See vor einer Parzelle. Zur Zeit sind noch 98 Dossiers in Bearbeitung.

6610-6620 Forstamt

Keine Bemerkungen